

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erhebt an jedem Wochentag nachmittags. Die Tages-Abgabe des Blattes beträgt in Stadt und Land 100.00 Mark, auch die von bei freier Zustellung monatlich 12.00, in den Postgebieten abgesehen 11.00 monatlich. Die abg. Abgabe Postgebieten monatlich 12.00, in den Postgebieten abgesehen 11.00 monatlich. Die abg. Abgabe Postgebieten monatlich 12.00, in den Postgebieten abgesehen 11.00 monatlich.

Verlags-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubaustraße 17. Verlags-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubaustraße 17. Verlags-Verwaltung: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubaustraße 17.

Nach Sachleistungen unmöglich?

Eine Erklärung Dr. Wirths / Devisenordnung und Getreidemlage / Gefahr einer inneren Krise Der Dollar wieder steigend.

Die Parteiführer beim Kanzler.

Berlin, 21. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Das Ergebnis der getriggerten Kabinettsitzung, die sich hauptsächlich mit der Frage des Umlagegetreidepreises und der Devisenordnung beschäftigte, kann dahin zusammengefasst werden, daß die Regierung die notwendigen Beschlüsse in enger Zusammenarbeit mit den Parteiführern fassen will, dadurch würde für die Zukunft das jetzt beobachtete Verfahren ausgeschlossen, daß die Regierung Maßnahmen beschließt, die nachher sowohl von den Parteien wie insbesondere auch von der Presse scharf angegriffen werden. Um 7 Uhr schloß sich an die Einzelbesprechung der Parteiführer mit dem Kanzler gemeinsame Besprechungen aller Parteiführer mit der Regierung an. Da in der Frage des Umlagegetreidepreises eine Einigung der Parteien erzielt sein soll, so kann man hoffen, daß auch in allen anderen Punkten eine neue Grundlage für Vereinbarungen gefunden wird. Mit den Unterlagen für die alarmierenden Gerüchte entsollen mithin auch alle Forderungen, die bereits vielfach in den Wandelblättern geäußert wurden.

Berlin, 23. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Wie uns aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, hat der Reichskanzler die Absicht, in der morgigen Reichstags-Sitzung eine Rede von höchst bedeutendem politischen Charakter zu halten. Er wird darin folgende drei Fragen berühren: 1. Die Devisenordnung bzw. Maßnahmen zur Stärkung unserer Mark. 2. Die Frage der Koalitions-erweiterung. 3. Die Frage der Zusammenfassung des Reiches zu einer freiwillig erzielten Wehrbereitschaft. Die Rede wird in der ersten Hälfte der Sitzung gehalten werden. Die zweite Hälfte der Sitzung wird in der ersten Hälfte der Sitzung gehalten werden. Die zweite Hälfte der Sitzung wird in der ersten Hälfte der Sitzung gehalten werden.

Landwirtschaft und Brotverteilung

Nur 28 Mark Anteil auf 100 Mark.
Somit 1. November ab soll das knapp vierpündige Markenbrot, das in Berlin gegenwärtig 44 Mark kostet, auf 100 Mark zu liegen kommen. Diese angesehene Verteuerung des unentbehrlichsten Lebensmittels rührt von dem Preis des Auslandsgroßgetreides her, das bei fortgesetzter Verschlechterung der Welt überhaupt kaum mehr erspürungsfähig sein wird. Es ist aber vorauszusehen, daß weite Kreise des Volkes der heutigen Landwirtschaft einen Teil der Schuld an dieser Verteuerung aufbürden werden. Deshalb haben die Demokraten im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages beantragt und durchgesetzt, daß in Zukunft bei jeder Brotverteilung der Anteil der Landwirtschaft am richtig festgelegt und öffentlich bekannt gegeben wird. Dieser Anteil beträgt bei dem gegenwärtigen Kaufpreis von 44 Mark für das Brot 2,20 Mark und wird bei dem künftigen Preis von 100 Mark 28 Mark betragen. Die Deutschnation ist darauf immer wieder hinzuwirken, ist im Interesse des inneren Friedens eine wichtige politische Aufgabe.

Dieckhoff und Dr. Klein vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 24. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Heute beginnt vor dem Staatsgerichtshof als Nachspiel zum Rathenau-Prozess die Verhandlung gegen den Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dieckhoff aus Erfurt und den Schriftsteller Dr. jur. Hans Wilhelm Klein aus Burg Saaleck, die beschuldigt werden, den von der Polizei verfolgten Märkern Mathiasen, Fischer und Kern, wesentlich Beistand auf ihrer Flucht geleistet zu haben. Die Anklage gegen Dieckhoff hängt sich im wesentlichen auf dessen eigene Angaben. Danach habe er am 17. Juni eines in Bad Hölzen zur Welt gegebenen Brief von Kern erhalten, der ihn unter Berufung auf die gemeinschaftliche Dienstzeit bei der Marine um einen Kameradschaftsdienst hat. Dr. Hans Wilhelm Klein, der nach dem Jahr 1919 bis 1920 mehr einer Partei noch einer Organisation angehört haben will, hatte bei seiner Vernehmung betont, daß er den politischen Mund verhalte. Von der Anwesenheit Kerns und Fischers auf Burg Saaleck habe er nichts gewußt. Die Verbindung beider Angeklagten liegt in den Händen der Rechtsanwältin Dr. Luise Gertrude Göttingen und Frau Klumburg a. S.

Beipzig, 23. Oktober. Zum Aktentat auf Maximilian Harden liegt das Ermittlungsergebnis jetzt der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage vor. Die Untersuchung hat dazu eine

erhebliche Förderung erfahren, daß sich vor einiger Zeit ein Feldwebel Hübner unter der Selbstbeschuldigung, Mitarbeiter zu sein, dem Untersuchungsrichter gestellt hatte und dadurch in Untersuchungshaft genommen worden war. Indes scheint es Hübner auf eine Irrführung des Gerichts abgesehen zu haben.

Ein Fallener vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig, 24. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Der Staatsgerichtshof hat den Kaufmann Gustav Goetze aus Halle wegen öffentlicher Beleidigung des Reichspräsidenten Ebert und des Reichstagspräsidenten Dr. Wirth zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem ist Ebert und Wirth die Befugnis erteilt worden, das Urteil nach Belieben veröffentlicht in einer Zeitung auf Kosten des Beurteilten abdrucken. Dem Antrag des Verteidigers auf Ablehnung des Senatspräsidenten und des Beisitzers Freydenbach hatte der Gerichtshof nicht stattgegeben.

Kompromiß auf unsere Kosten?

Die Verhandlungen der Repto.
Paris, 24. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission verhandelt sich am Montag nachmittags 4 Uhr, um die Beratung über den Gesetzentwurf Barthous fortzusetzen. Der italienische und der belgische Vertreter haben sich an der Diskussion beteiligt. Laut „Temps“ wird Bradford auf der Gewährung eines mindestens zweijährigen Moratoriums hinsichtlich der Reparationsleistungen bestehen, andererseits aber den von Barthou vorgeschlagenen sofortigen Kontrollmaßnahmen zustimmen. Von Sanktionen sollte aber auch nach seiner Ansicht im Interesse des deutschen Kredits abgesehen werden.

Die englischen Wahlvorbereitungen.

Sonara Van zum Führer der Konservativen gewählt.
London, 24. Oktober. (Gg. Drahtmeldung.) Wie erwartet, wählte die getriggerte Zusammenkunft der Konservativen Sonara Van zum Führer der Partei. Kurz nach Schluß der Zusammenkunft besuchte dieser den König im Buckingham-Palast und nahm formell den Auftrag der Regierungsbildung an. — Lloyd George machte gestern im Buckingham-Palast dem König seinen offiziellen Auftrittsbesuch. Er arbeitet bereits hart an seiner Wahlkampagne.
London, 24. Oktober. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer Auflösung des Parlaments noch in dieser Woche und mit dem Beginn der bevorstehenden Wahlen am 15. November. In diesem Falle wird das Parlament am 20. November zusammenzutreten. Die mögliche Beibehaltung der Regierung der neuen Premier soll morgen erfolgen. Die Führer der englischen Liberalen, an ihrer Spitze Asquith und Lloyd George, hatten sich gestern zu einer Beschlusfassung über ihr Wahlprogramm veranlaßt. Es werden in den nächsten Tagen ein Manifest veröffentlicht. Das Programm der Arbeiterpartei wird morgen in einer gemeinsamen Sitzung der Nationalen Volkswirtschaftsanhalters und des Parteiparlamentarischen Ausschusses der Partei beraten werden. Die neuen englischen Wahlen werden das ganze nach dem neuen Wahlsystem ungefähr 20 Millionen umfassende große britische Wählermeer zur Beteiligung aufrufen.

Orientkonferenz in Laufnahme.

Paris, 23. Oktober. Am Quai d'Orsay beschäftigt man, daß Laufnahme als Konferenzort für die beiden Orientkonferenzen bestimmt ist. Die Friedenskonferenz wird am 18. November beginnen. An ihr werden die Türkei, Griechenland, Frankreich, England, Italien, Rumänien, Jugoslawien und Japan teilnehmen. Die Weerzentralkonferenz wird unmittelbar der vorgenannten folgen. Außer den schon erwähnten Mächten nehmen Kurland, Bulgarien, die Ukraine und Georgien teil. Die Einladungen zu diesen beiden Konferenzen gehen von Paris aus. Voincaré wird mit der Abfassung beauftragt werden.

Ein Schulkompromiß?

Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz sind hinter den Kulissen schon seit einiger Zeit wieder aufgenommen worden. Das Bemühen ist darauf gerichtet, eine Einigung zwischen Regierung, Arbeiterschaft der Mitte und Sozialdemokratie herbeizuführen. Möglich ist eine solche Einigung nur, wenn ein Kompromiß Annahme findet, daß der Simultanismus gerettet wird, ohne die Konfessionsfrage für die Zukunft unmöglich zu machen. Von einer Gefährdung der Simultanität kann natürlich keine Rede sein; auch erlaubt ja die Reichsverfassung nicht die weitere Aufrechterhaltung der Hemmungen, die bisher der Simultanität entgegen stehen. Demnach ist es natürlich eine Vorbedingung jeden Kompromisses, eben diese Hemmungen rechtlich zu beseitigen. Zur Abgrenzung liegen die Parteibeziehungen gegenüber, so daß keine Partei ihre Schulpolitik als reflexlos wird durchsetzen können. Ein Kulturkampf aber wäre in der jetzigen Zeit der Rot etwas geradezu Unrechtfertig.

Ueberflüssige Krisen.

Sozialdemokratie und Devisenverordnung.

Aus der Zeit der Kanzlerschaft des Fürsten Bismarck stammt das geflügelte Wort „Nur keine inneren Krisen!“ Das damals mehr der Bequemlichkeit des leitenden Staatsmannes, als politischen Kalküls entspringend, ist heute nahezu nationales Gebot. Jede innerpolitische Krisenmacheri geht auf Kosten unseres Volkes. Die letzten Tage haben den Zeitstand wirtschaftlichen Elends ins Maßlose gesteigert. Der Dollar hat bereits die 4000 Markgrenze weit überschritten. Es ist klar, daß alle Verhandlungen über innere Krisen das Vertrauen zu Deutschland und seiner Währung nicht geben können. An sich besteht nicht der geringste Anlaß für eine politische Krise. Wenn die Sozialdemokratie mit etwas Theaterehrer die Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide begleitet hat, so steht dem doch die Tatsache entgegen, daß die Sozialdemokraten privatim selbst zugegeben haben, daß der Umlagepreis einfach nicht zu halten war und die jetzige Preisermittlung durch den Reichstagsauschuß bedeutet bei weitem noch keinen Ausstieg gegenüber den reichig gelegenen Preisen für freies Getreide. Im wesentlichen ist es ja auch die neue Devisenverordnung, die über Nacht zum Kampfbild geworden ist. Es ist außerordentlich zu beklagen, daß eine rein wirtschaftliche Frage nun wieder zum politischen Kampfbild herangewandelt wird. Die Schuld daran trifft zweifellos die Sozialdemokratie.

Die Devisenverordnung hat im Reichswirtschaftsministerium das Recht der Welt erblickt, wo Herr Robert Schmidt seines Amtes wartet. Ihre Wirkung ist an ihren Früchten zu erkennen. Unter dieser Verordnung vermischt der Dollar die 4000 Markgrenze zu überschreiten. Sie hat praktisch zu einer ungeheuerlichen Verengung des Marktes geführt, weil alle die Kreise, die Schwierigkeiten bei der Wiederbeschaffung von Devisen befürchten, nimmend auf ihrem Besitz sitzen bleiben. Geradezu katastrophal aber war die Wirkung auf das Vertrauensleben. Es wurden plötzlich Verträge geistlich annulliert, bei denen eine bestimmte Währung vereinbart war und in vielen anderen Fällen ist die Frage zweifelhaft, ob die abgeschlossenen Verträge Gültigkeit behalten. Das Reichswirtschaftsministerium als Gesetzgeber hat in vielen Fällen selbst nicht genutzt, was rechtens ist und auf die Entscheidung der Gerichte vertraut. Das ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Außerdem mußte die Devisenverordnung in dieser Unvollkommenheit als Teilmaßnahme deren Zweck völlig verfehlen. Wenn sich in so eklatanter Weise die Unbrauchbarkeit eines gesetzgeberischen Aktes herausstellt, ist es einfach ein Gebot drittelten, dessen festes, seine Aufhebung oder Umformung so rasch wie möglich zu vollziehen. Da kommt nun aber plötzlich die Sozialdemokratie ins Gespräch und befürchtet Ungleichheiten für ihren Reichswirtschaftsminister. Sie droht wieder einmal, aus der Regierung auszuweichen und nach dergleichen üble Ungenauigkeiten mehr sind. Gerade die Wählerkreise der Sozialdemokratie müßte die Höhe einer solchen Krisenpolitik beklagen. Es wäre darum an der Zeit, daß gerade sie ihrer politischen Vertretung solche Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus abgewöhnen.

Die Frage wirksamer Maßnahmen gegen die Devisenverordnung und das Problem einer Währungsstärkung sind rein wirtschaftlicher Natur. Gerade die demokratischen Forderungen von Eisenach und Ebersfeld haben wirksame Maßnahmen gegen die Devisenverordnung gefordert. Die Vertreter der demokratischen Partei haben darum auch bei ihren Verhandlungen mit dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jeder unvollständigen wirtschaftlichen Spekulation aufs schärfste begegnen wollen. Die Devisenverordnung hat aber gerade die privaten Spekulant in ihrem Belust gefüllt. Es kann diese Frage nur als Teilziel einer großen Aktion zum Schutze der deutschen Währung angesehen werden. Insbesondere wäre es nötig gewesen, gleichzeitig goldwertige Schatzscheine auszugeben. Die rein negative Devisenverordnung bedarf also nicht nur der Reform, sondern auch der politischen Ergänzung. Insbesondere muß man sich auch klar darüber werden, wie man den Goldschlag der Reichsbank und die bereits im Privatbesitz befindlichen Devisen in den Dienst einer Währungsreform stellen kann. Das sind aber Fragen, die mit durchdringender Sachkenntnis und großer Sorgfalt angefaßt sein wollen. Es ist charakteristisch, daß die „Times“ die Devisenverordnung als panfarterige Gesetzgebung bezeichnet, die im Ausmaß der finanziellen Verwirrung Deutschlands die Art dieser Kritik ist zweifellos einig berechtigt. Es geht aber nun nicht an, jede sachliche Behandlung des wichtigen Währungsproblems mit parteipolitischen Forderungen zu verquicken. Man muß dringend wünschen, daß sich alle Parteien endlich zu dieser Erkenntnis durchringen.

Das Kammergericht hat das Drama Ernst Ludwig über die Disparitätenfrage freigesprochen. Das ist rechtlich wichtig, weil damit die Befugnis des Kammergerichts anerkannt wird, lebende Personen auf die Bühne zu bringen. Er kommt in — ohne auf den historischen Wert aber Umverteilung des Geldes einzugehen — zu hoffen, daß sich kein Theaterdirektor finden wird, der das Stück aufführt, da eine Aufführung nur dem Genialitätsbedürfnis dienen würde.

Heutiger Stand des Dollars 4408!

